Claus Matecki
DGB-Bundesvorstand
Berlin

Schusswort Kapitalismuskongress II
07.10.2010 Berlin

Verehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn die Bundesregierung behauptet, die Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen – ihre praktische Politik läuft auf ein „Weiter so" wie vor der Krise hinaus. Seit der Sommerpause scheint sich im Kanzleramt sogar Wagenburgmentalität breit gemacht zu machen, nach dem Motto „ist der Ruf erst ruiniert, …". Jetzt wird durchregiert: Atomdeal, Sparpaket und Hartz IV-Sätze, Kopfpauschale usw.

Der wirtschaftspolitische mainstream stützt die regierungsamtliche Verkündigung eines XXL-Aufschwungs mit der Erhöhung der Wachstumsprognosen für 2010 und 2011. Teile der Wirtschaftspresse rufen den Kaufrausch aus, um gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen und einer Stärkung der Binnennachfrage rechtzeitig vor dem Weihnachtsgeschäft zu begegnen.

Man fragt sich: war da nicht was?

Die größte Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren –

der drohende Zusammenbruch des globalen Finanzsystems – Bankenrettungspakete und Schutzschirme für Unternehmen?

Es ist nicht die erste Krise in der Geschichte des Kapitalismus, aber die heftigste, was ihren Umfang, ihre Reichweite und ihr Vernichtungspotential angeht.

Weltweit haben Millionen Menschen ihre Jobs verloren. Obwohl die Krise eine Krise der entwickelten Industrieländer war, wurden Millionen Menschen in der Dritten Welt in Mitleidenschaft gezogen. Auch dank der Spekulation mit Rohstoffzertifikaten brach vielerorts die Versorgung mit Lebensmitteln zusammen.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und Rentner tragen bis heute die Hauptlast der Krise, eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Viele Kolleginnen und Kollegen, die auf Kurzarbeit waren, verzichteten auf bis zu 40 Prozent ihres Einkommens. Die Leiharbeiter wurden als erste entlassen. Sie waren die Leidtragenden dieser Krise.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit oder ohne Job mussten ihren Gürtel schon lange enger schnallen – vor, während und nach der Krise. Viele landen im Hartz-IV Armutskeller.

Die Lage der Jugend wurde heute mehrfach schon angesprochen. Vor allem junge Leute leiden unter den prekären Verhältnissen am Arbeitsmarkt, eine tragfähige Lebensplanung bleibt vielen verwehrt.

Alle Klagen über die demografische Entwicklung klingen da wie Hohn.

Doch damit nicht genug: Wir und die nachfolgenden Generationen sollen die Zeche für die Zockerei der Anderen bezahlen.

Für die Bekämpfung der Krise hat die Bundesregierung 200 Mrd. Euro aufgebracht. Die Hälfte davon für die Stabilisierung des Bankensystems. Ohne Garantien und Bürgschaften. Insgesamt wurde ein Bankenrettungsschirm von 480 Milliarden Euro aufgespannt.

In diesen Tagen fließen weitere 40 Milliarden Euro an die Hypo Real Estate. 200 Mrd. Euro an Ramsch-Papieren sollen in die hauseigene Band Bank ausgelagert werden. Wer hat solche Papiere emittiert? Wer hat sie gekauft? Die Manager bekommen für ihre Misswirtschaft obendrein auch noch 25 Millionen Euro Boni und der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Hypo Real Estate Bank nach 19 Monaten Tätigkeit ab dem 60. Lebensjahr 20.000 Euro monatlich ein Leben lang.

Und die Steuerzahler sollen die Zeche begleichen.

Gerecht geht anders!

Die Schieflage wird noch unerträglicher, wenn man sich das Sparpaket anguckt: Der angebliche Beitrag der Unternehmen dürfte weitgehend an die Verbraucherinnen und Verbraucher durchgereicht werden.

Es bleiben die Kürzungen bei den Sozialleistungen. Diese Bundesregierung ist mit ihrer Klientelpolitik dabei, aus dem deutschen Sozialstaat einen Almosenstaat zu machen.

Soweit werden wir es nicht kommen lassen! Deshalb tragen wir jetzt den Protest in die Betriebe und auf die Straßen und Plätze.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Diese Krise ist keine gewöhnliche Krise. Diese Krise ist eine Systemkrise. Deshalb haben wir vor einem Jahr zu einem ersten, und heute zu einem zweiten Kapitalismuskongress eingeladen, um uns mit den Ursachen und Alternativen zu befassen.

Der Kapitalismus hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Die Finanzmärkte wurden zur Schaltzentrale unserer Wirtschaft. Die Kapitalmärkte bestimmten über das Schicksal von Staaten, Unternehmen und Arbeitsplätzen. Investmentfonds, Versicherungskonzerne und Banken diktierten die Unternehmenspolitik.

Wir halten es für dringend geboten, nach Monaten des Krisenmanagements innezuhalten und grundsätzliche Konsequenzen aus der offensichtlich gewordenen Anfälligkeit unseres Wirtschaftssystems zu diskutieren.

Mit unserer heutigen Veranstaltung wollten wir einer solchen notwendigen

Debatte mehr Raum verschaffen. Sie firmiert in Ansätzen schon unter dem Titel „New Deal", gern auch „Grün" und als Frischzellenkultur für das Europäische Projekt.

Wir haben heute viele gute Argumente und auch einige kritische Töne dazu gehört. Es dürfte deutlich geworden sein, dass die Rückkehr zur neoliberalen Tagesordnung der Haushaltskonsolidierung kein Weg aus der Krise ist.

Ich möchte kurz an das historische Vorbild des amerikanischen New Deal der 30er Jahre erinnern, damit deutlich wird, das ein Bruch mit der Politik der vergangenen Jahrzehnte zwingend erforderlich ist:

Ein zentrales Element von Roosevelts New Deal war eine massive Umverteilung von oben nach unten, die die amerikanische Politik über Jahrzehnte beeinflusste.

Die Frage der Gerechtigkeit muss auch heute der Ansatz in den Debatten über einen „New Deal" sein!

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat drei zentrale Ursachen. Neben der Umverteilung von unten nach oben sind das die Deregulierung der Weltwirtschaft und die so genannten globalen Ungleichgewichte. Alle diese Probleme sind entstanden als Projekt neoliberaler Ökonomen und Politiker.

Über Jahre haben neoliberale Ökonomen und ihre politischen Anhänger die Zauberkraft der freien Märkte beschworen. Eine Zauberkraft, die angeblich Wohlstand und Freiheit für alle schafft.

Dieses Versprechen ist nicht eingelöst.

Wenn alles dem Profit dienen muss, dann schwinden für eine Gesellschaft auch die demokratischen Freiräume.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Märkte wurden liberalisiert, neue Märkte entstanden, Steuern wurden gesenkt, damit die sogenannten Leistungsträger – gemeint sind nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern Vermögende – nicht beleidigt das Land verlassen. Das nennt man Reichtumspflege.

Und für die Zocker, hat man ein weltweites „Casino" eröffnet.

Trotz der heftigsten Krise gibt es weiterhin ein buntes Angebot an Wettmöglichkeiten:

Termingeschäfte, Swaps, Leerverkäufe, Zertifikate, Verbriefungen, CDOs, CDS und einiges mehr. So wuchs in diesem Umfeld eine so genannte Finanzindustrie, die sich mehr und mehr von der Realwirtschaft gelöst hat.

Zwischen 1980 und 2007 wuchs die weltweite Realwirtschaft um das 5fache, das Finanzvermögen um das 16fache. Also dreimal so stark!

Die Renditenhöhe wurde zum alleinigen Ziel der Finanz-Jongleure. Jeder versucht den anderen zu übertreffen. Was zählt sind Gewinnmargen von bis zu 25%, die von den Herren Ackermann und Co weiterhin verlangt werden.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie sollen Gewinne jährlich um 25% steigen, wenn eine Wirtschaft um 2% bis 3% wächst?

Wenn 25 % Gewinn zum erklärten Ziel der Banken wird, dann geraten alle Unternehmen unter Druck. Statt in Forschung und Innovationen zu investieren, wird das hart erwirtschaftete Geld für Dividenden und die Pflege des Aktienkurses ausgegeben.

Die Folge: Den Profiten von heute folgen nicht die Investitionen für morgen.

Programme zur Kostensenkung und Gewinnmaximierung wurden nicht selten auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Der Reichtum von einigen Wenigen ging zu Lasten von Millionen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

Ist das die neoliberale Vision einer freien Gesellschaft?

Wer solche Visionen hat, sollte wirklich zum Arzt gehen.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und daraus die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen.

„Es ist viel gesagt, aber wenig erreicht worden", stellte der IWF letzte Woche zum Stand der Finanzmarktregulierung fest.

Die G20-Staaten haben die Erwartungen, die sie auf dem Gipfel in London geweckt hatten, nicht eingelöst. Es wird wieder ungehemmt spekuliert.

Dabei mangelt es nicht an wirksamen Vorschlägen, wie einer erneuten Finanzkrise vorgebeugt werden kann.

Dazu gehört

- **eine strikte europäische Finanz- und Bankenaufsicht und ein TÜV für Finanzprodukte,**
- **eine rigorose Begrenzung der Macht von Ratingagenturen**
- **und nicht zuletzt die Ausweitung von Demokratie und Mitbestimmung in Unternehmen.**

Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Regierungschef Sarkozy haben sich auf dem G20-Gipfel in Toronto vergeblich für die Finanztransaktionssteuer eingesetzt.

Jetzt stehen sie in der Verantwortung, sich auch gegen den Widerstand der EU-Kommission durchzusetzen. Das Problem ist: Nicht nur die Kommission lässt sich fast nur von denen beraten, die sie regulieren soll: die internationalen Großbanken.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist es sinnvoll die Frösche zu fragen, wenn man den Sumpf trockenlegen will?

Die fehlenden Regulierungen sind nur ein Teil des Problems. Die Zocker drängen sich schon wieder ins globale Casino, weil sie immer noch über das nötige Spielgeld verfügen.

Oftmals wird in der Debatte so getan, als ob das ganze Spielgeld vom Himmel gefallen wäre.

Hier liegt eine weitere Ursache für die Krise: Die Umverteilung zugunsten der Reichen.

In den letzten 10 Jahren wurde nicht nur in Deutschland das Volkseinkommen immer ungleicher verteilt. Zwischen 2000 und 2007 wuchs das deutsche Volkseinkommen um knapp 20%, Arbeitnehmerentgelte aber um nur 7,6%, Unternehmens- und Vermögenseinkommen um nahezu 52%, das heißt um das 7fache der Arbeitnehmerentgelte.

Im Jahr 2007 besaßen die oberen 10% der Bevölkerung über 61% der Gesamtvermögen in Deutschland. Während die untere Hälfte der Haushalte nahezu kein Vermögen hat, besitzen die oberen 30% der Bevölkerung 90% der Vermögen. Prof. Jaeger hat darauf hingewiesen, dass vor allem die Einkommensverteilung wieder gleicher werden muss!

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deshalb ist es daher das Gebot der Stunde, dass man die Reichtumspflege der vergangenen Jahre beendet. Wir brauchen eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens. Damit alle teilhaben können an dem, was alle gemeinsam erwirtschaftet haben.

Die gegenwärtige Krise ist also das Resultat der Deregulierungen und Liberalisierungen der vergangen Jahrzehnte, aber auch der wachsenden Ungleichheit. Daher müssen Märkte wieder stark reguliert und der Reichtum gerecht verteilt werden.

Nun zur dritten Ursache der Krise, den so genannten globalen Ungleichgewichten. Die Weltwirtschaft leidet darunter, dass sie die Vereinigten Staaten als einzige Lokomotive hat. Sie zieht aber längst nicht mehr so gut wie in den vergangenen Jahren. Die Amerikaner haben mit ihrem Konsum dafür gesorgt, dass wir, die Japaner und Chinesen wachsen konnten. Das funktioniert so nicht mehr. Deshalb blickt die Kanzlerin auf die Schwellenländer. Sie sollen uns aus der Krise helfen.

Eine Strategie, die auf Dauer nicht funktionieren wird.

Die Weltwirtschaft wird zukünftig mehrere Wachstumspole haben – und sie braucht eine neue Wachstumsstrategie.

Sie muss sich den Herausforderungen des Klimawandels, der Ressourcenverknappung und nicht zuletzt der Spaltung der Gesellschaft und Arbeitsmärkte stellen. Es geht um ökologische, soziale und ökonomische Gerechtigkeit. Es geht um Gute Arbeit weltweit.

Es geht nicht allein um Wachstum, sondern darum die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dafür brauchen wir eine qualitative Definition von Wachstum. Wachstum ist kein Selbstzweck.

Es muss die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern, Zukunftschancen für alle ermöglichen und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen. Eine solche Wachstumsstrategie kann nicht, anders als von Christian Lindner heute morgen angedeutet, von Marktkräften, die sich an den kurzfristigen Renditeinteressen der Anleger ausrichten, erwartet und umgesetzt werden.

Der Markt muss in einen staatlich gesetzten Ordnungsrahmen eingebettet und durch eine soziale und ökologische ausgerichtete Langfristorientierung der Wirtschaft und Gesellschaft ersetzt werden.

Diese Krise zeigt, dass die Marktkräfte nicht mehr funktionieren.

Sie ist kein Betriebsunfall!

Die Neoliberalen vergleichen häufig diese Krise mit einer Naturkatastrophe, einem Erdbeben oder mit einem Tsunami.

Aber sie ist keine unerwartete Katastrophe, sondern das Resultat einer Politik, die seit 30 Jahren mit aller Härte versucht, alle Konturen eines Sozialstaates bis zur Unkenntlichkeit zurückzudrängen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Kongress sollte auch dazu dienen, dem wachsenden Unmut in weiten Teilen unserer Gesellschaft Raum zu geben, und einen Ort des Austausches bieten. Denn die ideologische Offensive der Protagonisten entfesselter Märkte wurde nur vorübergehend gestoppt. Ihre jüngsten Angriffe auf den deutschen und europäischen Sozialstaat werden wir mit vielfältigen Protesten im Rahmen unserer Herbstaktionen beantworten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss bedanke ich mich bei allen Referentinnen und Referenten sowie Diskutantinnen und Diskutanten, und nicht zuletzt bei Ihnen und euch für die rege Teilnahme.

Mein Dank gilt auch meinen Kolleginnen und Kollegen, die diesen Kongress über Monate hinweg vorbereitet haben.

Jetzt wird's konkret:

Unmittelbar im Anschluss an diese Tagung findet draußen eine Kundgebung zur Situation der Beschäftigten in der Textilbranche statt.

Wir fordern gemeinsam mit ihnen faire und menschenwürdige Arbeits- und Handelsbedingung, sozialen Schutz und die Sicherung von Arbeitnehmerrechten weltweit.

In diesem Sinne Glück Auf.